

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/70

14. April 1975

Die SPD spürt Aufwind

Der "Bürger Trend" der Union ist mûde geworden

Seite 1 und 1a / 62 Zeilen

Mehr Rechte für die Gemeinden

Die Kommunen sind bei den Sozialdemokraten gut aufgehoben

Von Dr. Hubert Weber MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 2 bis 4 / 87 Zeilen

Mitsprache der Jugend in der EG

Kommission schlägt Europäisches Jugendforum vor

Seite 5 und 5a / 6A Zeilen

Wer ist der Grûvaz ?

Notwendiger Nachtrag zum Strauß-Alphabet der CSU

Seite 6 bis 8 / 120 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 126 408
Presseklub 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 60 37 - 38
Telex: 08 68 548 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Die SPD spürt Aufwind

Der "Bürger Trend" der Union ist müde geworden

Die Sozialdemokraten spüren Aufwind. Das Landtagswahlergebnis in Schleswig-Holstein widerlegte alle Prognosen, die vor dem Votum gestellt worden waren. Zum erstenmal in dieser Runde von Landtagswahlen seit der letzten Bundestagswahl mußte die CDU deutliche Stimmenverluste einstecken. Der "Bürger Trend", auf den sich die Christdemokraten bisher so sehr verließen, hat lahme Füße bekommen.

Mit 1,5 Minuspunkten schrumpfte die Wählermehrheit der CDU unter Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg von bisher 51,9 vH auf 50,4 vH, während die Sozialdemokraten mit einem Stimmenanteil von 40,1 vH ihr Wahlergebnis von vor vier Jahren (41,0 vH) nahezu wieder einstellten. Die FDP kehrte mit Glanz wieder in den Landtag zurück, den sie vor vier Jahren hatte verlassen müssen, und hat mit jetzt 7,1 vH ihren Stimmenanteil fast verdoppeln können. Im Kieler Landtag trennt die Oppositionsparteien jetzt nur noch ein Mandat von der Regierung. Stoltenberg wird in den kommenden vier Jahren mit nur einer Stimme Mehrheit regieren müssen. Denn den 37 CDU-Abgeordneten stehen künftig 30 der SPD, fünf der FDP und ein Abgeordneter des SSW, der politischen Vertretung der dänischen Minderheit, gegenüber.

Oppositionsführer Klaus Matthiesen, der Spitzenkandidat der SPD bei dieser Landtagswahl, wertet das Wahlergebnis für seine Partei als "einen großen Erfolg in diesen schweren Zeiten". Das Wählerpotential der sozialliberalen Koalition habe sich in Schleswig-Holstein von 44,8 vH im Jahre 1971 auf fast 48 vH erweitert. In der Wahlnacht strahlte Matthiesen Freude und Optimismus aus: "Jetzt endlich ist die Tendenzwende da. Darauf sind wir stolz! Dieses Ergebnis bedeutet Rücken-

wird für Helmut Schmidt und die Bundesregierung. Es bedeutet auch, daß die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gewonnen werden." Nach seiner Ansicht haben sich im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf neue Arbeitsformen der SPD bewährt. Es habe sich gezeigt, daß das direkte Gespräch mit dem Bürger ein "wichtiges Bollwerk" gegen Unterstellungen und Herabsetzungen politischer Gegner darstelle. Dennoch müsse das Wahlergebnis auch im Zusammenhang mit diesen Unterstellungen und Herabsetzungen gesehen werden. Matthiesen: "Das ist eine kräftige Ermutigung!"

Für den CDU-Politiker Stoltenberg bedeutet dagegen dieses Wahlergebnis, daß nun wohl nicht mehr alle seine Blütenröhme auf bundespolitischer Ebene reifen werden. Schon in der Wahlnacht hatte er eingeräumt, daß er mit einem besseren Wahlergebnis für die CDU gerechnet habe. Zum erstenmal sprach er auch von "Schwächepunkten", die man in seiner Partei untersuchen müsse. Über personelle Konsequenzen wollte er sich allerdings nicht äußern. Während Stoltenberg während des Wahlkampfes in Jubelkundgebungen der CDU vom Podium zu den Wählern gesprochen hatte, belächelten er und seine Wahlkämpfer den SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen, der über Land gezogen war, um in tausend Gesprächen vor den Werkstoren, auf Märkten, in Einkaufsstrassen oder in den kleinen Häfen mit den Bürgern über deren Alltagsorgen zu sprechen.

Für Matthiesen und seine Freunde hat sich diese unermüdliche zähe Kleinarbeit ausgezahlt. Sie hatten den Wahlkampf von vornherein offensiv angelegt und damit die Themen bestimmt, wobei Stoltenberg gerade auf dem Gebiet, das er als für sich reserviert glaubte - der Wirtschaftspolitik - in die Defensive gedrängt worden war. Jetzt ist den Christdemokraten in Schleswig-Holstein das Lächeln über die bürgernahe Form des Wahlkampfes der Sozialdemokraten vergangen. Und Matthiesen analysierte zu Recht die Situation nach diesem Wahlgang: "Die Position der CDU ist wesentlich schwächer geworden!"

Werner Boldt
(-/14.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Mehr Rechte für die Gemeinden

Die Kommunen sind bei den Sozialdemokraten gut aufgehoben

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Der Finanzausschuß des Bundestages hat den Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise mit den Stimmen der Koalition mit gutem Grund abgelehnt. Mit dem Entschließungsantrag will die Opposition das herbeiführen, was sie selbst den Gemeinden 20 Jahre vorenthalten hat, und sie will finanzverfassungsrechtliche Fragen zu Lasten der Gemeinden lösen und damit den Gedanken der Selbstverwaltung auf unerträgliche Weise beeinträchtigen. Stattdessen hat die sozial-liberale Regierungskoalition sich nicht mit fragwürdigen Experimenten befaßt, sondern gehandelt.

Bisher hatte die Bundesregierung nach § 37, Abs. II der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien lediglich die Pflicht, bei Gesetzesvorhaben Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Gemeindehaushalte darzulegen. Nunmehr hat das Kabinett im Umlaufverfahren diese gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien mit folgender Zielsetzung geändert: Vorbereitende Gesetzentwürfe, die die Belange der Gemeinden berühren, sind den kommunalen Spitzenverbänden frühzeitig zuzuleiten. Wesentliche Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände sind den parlamentarischen Gremien, also Bundestag und Bundesrat, zu übermitteln.

Damit ist gewährleistet, daß die kommunalen Spitzenverbände bei der Vorbereitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes die Belange der Gemeinden und Gemeindeverbände berühren, frühzeitig eingeschaltet werden. Gleiches gilt für die Vorbereitung von Gesetzen. Die Bundesregierung hat damit der besonderen Stellung und Verantwortung der Gemeinden Rechnung getragen. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist diese Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände an der Vorbereitung von Rechtsvorschriften bedeutsam. Die Bundesregierung hat also jetzt den kommunalen Spitzenverbänden und damit den Gemeinden die Rechte eingeräumt, die den Gemeinden von früheren CDU-Regierungen verweigert worden sind und erstmals die Dreistufigkeit des Verwaltungsaufbaus für die Gesetzgebung des Bundes berücksichtigt.

Mit ihrer Forderung, bei der Förderung gemeindlicher Projekte finanzschwachen Gemeinden höhere Zuschüsse zu gewähren, beginnt die CDU/CSU die Eigenständigkeit der Gemeinden zu unterhöhlen. Die Forderung der CDU/CSU steht - und daran sieht man die Ungereimtheiten des gesamten Antrages und die damit verbundene Vernebelungstaktik - im scharfen Gegensatz zu den Länderwünschen und hier insbesondere der CDU/CSU-geführten Länder, die sogar eine Verfassungsklage angestrengt haben, um den Einfluß des Bundes hinsichtlich der Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundes bei solchen Maßnahmen - es ging um das 1. Strukturförderungsprogramm vom Frühjahr 1974 - einzuschränken.

Die Forderung der CDU/CSU verstößt gegen Gemeindeverfassungsgrundsätze, da die Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz jeder Gemeinde die Freiheit gibt, zu entscheiden, mit welchen Einnahmen bestimmte Ausgaben finanziert werden. Diese Entscheidung kann von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich ausfallen. Die Kommunen sind nach dem Grundgesetz Teile der

Länder. Strukturelle Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden können also nicht durch direkte Eingriffe der Bundesregierung ausgeglichen werden, sondern regeln sich auf der Ebene Land - Gemeinde. Der Bund kann nicht in die Gemeinden hineinregieren. Sozialdemokratisch geführte Länder wie z.B. Nordrhein-Westfalen haben den Ausgleich der Gemeinden untereinander dadurch geschaffen, daß sie durch die kommunale Neugliederung lebensfähige Gemeinwesen geschaffen haben.

Die Forderung der Opposition, den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer von 14 auf mindestens 18 vH zu erhöhen, ist von den Sozialdemokraten abgelehnt. Bereits auf dem Steuerparteitag der Sozialdemokraten im Jahre 1971 und im Kommunalpolitischen Grundsatzpapier ist diese Forderung enthalten. Es handelt sich allerdings um eine langfristige Forderung, die nur in dem Maß verwirklicht werden kann, wie unterschiedlicher Aufgabenbedarf und abweichendes Einnahmenvolumen im Verhältnis aller drei öffentlichen Ebenen zueinander es erfordern. Die Bundesregierung legt jährlich im Finanzbericht Eckdaten für die gemeindliche Finanzentwicklung fest. Daraus ergibt sich, daß die Einnahmen der Länder und Gemeinden wesentlich stärker als die Einnahmen des Bundes gestiegen sind. Dies zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Bund	Länder	Gemeinden
von Hundert			
1	2	3	4
1960	53,1	31,4	12,5
1961	52,8	32,7	11,9
1962	52,5	33,4	11,6
1963	53,7	32,7	11,6
1964	54,2	32,4	11,4
1965	55,3	31,9	11,2
1966	55,2	32,2	11,2
1967	54,8	32,8	11,0
1968	54,2	33,6	10,9
1969	53,9	33,3	11,8
1970	54,2	33,9	10,8
1971	54,0	34,0	11,2
1972	51,7	35,2	11,6
1973 1)	51,1	35,2	12,1
1974 1)	49,8	36,0	12,5

1) Stabilitätsabgabe nicht enthalten (1973 u. 1974 = 0,5 vH).

Die Leistungen des Bundes an die Gemeinden sind seit 1970 außerordentlich gestiegen, wie sich aus der anliegenden weiteren Tabelle ergibt. Allgemeine und spezielle Leistungen des Bundes ergeben für die Jahre 1970 bis 1974 Zuweisungen an die Gemeinden in Höhe von 34,11 Milliarden DM, was einer Steigerung von 258,2 vH entspricht. Die Gemeinden sind also bei der Verteilung der Steuereinnahmen und bei den besonderen Zuweisungen wesentlich besser ausgestattet worden, seit dem es eine sozial-liberale Koalition gibt, ihr Steigerungsanteil ist wesentlich höher als der des Bundes.

1)
Leistungen des Bundes an die Gemeinden (DV)
1970 - 1974

Leistungsart	1970	1971		1972		1973		1974		1970-1974	
	Mrd. DM	± vH	Mrd. DM	± vH	Mrd. DM	± vH	Mrd. DM	± vH	Mrd. DM	± vH	
Allgemeine Leistungen:											
Gewinn aus der Gemeindefinanzreform	2,42	3,02	+24,8	3,97	+31,5	4,87	+22,7	6,02	+23,4	20,28	+150,2
Gewinn durch die Hebung der Umsatzsteueranteile der Länder/Erhöhung der kommunalen Finanzgleichmasses											
a) von 30 vH auf 35 vH	-	-	-	0,44	-	0,46	+ 4,5	0,52	+13,0	1,62	+37,6
b) von 35 vH auf 37 vH	-	-	-	-	-	-	-	0,25	-	-	-
Grundsteuerreformgesetz	-	-	-	-	-	-	-	0,80	-	0,80	-
Zusammen	2,42	3,02	+24,8	4,41	+46,0	5,33	+20,9	7,59	+41,1	22,76	+213,1
Spezielle Leistungen:											
Leistungen nach Art. 104a Abs. 4 GG											
- Gemeindeverkehrsfinanzierung	0,64	0,72	+12,5	1,45	+101,4	2,08	+45,4	2,10	+1,0	6,99	+228,1
- Krankenhausfinanzierung ¹⁾	-	-	-	0,47	-	1,00	+112,8	1,15	+15,0	2,62	+144,7
- Städtebauförderung	-	-	-	0,03	-	0,08	+166,7	0,15	+87,5	0,26	+400,0
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Infrastrukturmaßnahmen)"											
-	-	-	-	0,15	-	0,15	-	0,15	-	0,45	-
Strukturprogramm vom Frühjahr und Herbst 1974											
-	-	-	-	-	-	-	-	0,30	-	0,30	-
-	-	-	-	-	-	-	-	0,13	-	0,13	-
Zusammen	0,75	0,85	+13,3	2,10	+197,6	3,42	+62,9	4,13	+20,8	11,30	+194,5
Allgemeine und spezielle Leistungen zusammen											
Zusammen	3,18	3,87	+21,7	6,50	+70,5	8,75	+30,6	11,72	+22,7	34,06	+207,7

1) Nicht erhalten sind Leistungen aus dem ERP-Gemeinde-Programm (1974: 165 Mill. DM) sowie Mittel, die ebenfalls im ERP-Programm für Investitionsvorhaben der Gemeinden (DV) in den Bereichen der Abwasserreinigung, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung zur Verfügung stehen (1974: 274,2 Mill. DM, hier sind ebenfalls Wirtschaftsunternehmen untragsberechtigt).

2) 1972- und 1973 Kreditfinanzierung, ab 1974 aus Haushaltsmitteln

(-/14.4.1975/ks/pr)

+ + +

Mitsprache der Jugend in der EG

Kommission schlägt Europäisches Jugendforum vor

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat dem EG-Ministerrat ihre neuesten Vorschläge für eine Aktivierung der Jugendpolitik auf EG-Ebene und für eine Beteiligung der Jugendorganisationen an der Ausarbeitung der Gemeinschaftspolitik zugelaist. Bei den Vorschlägen handelt es sich um zwei Empfehlungen für Beschlüsse des EG-Ministerrats: Über die Einsetzung eines "Ausschusses für Jugendfragen" sowie über die Installation eines "Europäischen Jugendforums".

Mit diesen Empfehlungen hat die EG-Kommission ihre früheren Vorlagen aus dem Jahre 1972 abgeändert. In der neuen Fassung der Vorschläge, insbesondere was das Jugendforum angeht, wurden die Stellungnahmen der europäischen Jugendorganisationen, des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Parlaments weitgehend berücksichtigt. Die Kommissionsvorlage über das Jugendforum hat die vom Europäischen Parlament im Juni 1974 (Bericht des SPD-Abgeordneten Seefeld) beschlossenen Änderungen am ursprünglichen Entwurf fast vollständig übernommen. Dies gilt auch für die Umwandlung des "Jugendbeirats" in das jetzige "Jugendforum".

Der "Ausschuß für Jugendfragen" soll aus je zwei hohen Beamten der Jugendministerien der neun Länder und aus zwei Beamten der EG-Kommission zusammengesetzt sein; jeder Mitgliedstaat kann zwei Stellvertreter bestimmen. Der Ausschuß hat die Aufgabe, eine ständige Konzertierung und Konsultation zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission bei der Prüfung der Maßnahmen mit folgendem Ziel zu gewährleisten:

- Umfassende Information der Jugend der Mitgliedstaaten über Ziele und Durchführung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften.
- Beteiligung der Jugend an der Prüfung und Durchführung bestimmter Aktionen, die sich durch die Anwendung dieser Verträge ergeben und die die Jugend als solche direkt und besonders betreffen.
- Ausarbeitung und Förderung neuer Maßnahmen, mit denen die Jugend am Aufbau der Gemeinschaft beteiligt wird.
- Berücksichtigung der besonderen Interessen und Probleme der Jugend in allen Lebensbereichen.

Der Ausschuß soll auf Antrag des Rates, der Kommission oder von sich aus Berichte und Stellungnahmen zu diesen Fragen abgeben. Die Kommission

wird dem Rat und dem Europäischen Parlament jährlich einen Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses vorlegen. Das "Europäische Jugendforum" soll eine enge Zusammenarbeit zwischen der EG und den Vertretern der Jugendorganisationen gewährleisten. Das Forum hat beratenden Charakter, die Jugend soll sich darin völlig frei äußern können. Das Forum soll normalerweise zweimal jährlich zu dreitägigen Sitzungen zusammentreten und sich in höchstens drei Abteilungen mit politischen, sozialen, pädagogischen oder kulturellen Fragen der EG-Politik befassen. Das Forum kann Stellungnahmen zu folgenden Fragen abgeben: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und ihre Mobilität, Interventionen des Europäischen Sozialfonds, Berufsausbildung und Berufsberatung, spezifische Probleme der Jugendlichen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, Niederlassungsfreiheit und gegenseitige Anerkennung der Diplome, Jugendarbeitsschutz, soziale und kulturelle Weiterentwicklung, Austausch junger Arbeitnehmer, Mitwirkung der Jugend bei bestimmten Programmen der Entwicklungshilfe.

Im Zusammenhang mit neuen Maßnahmen kann das Jugendgremium sich auch zu Fragen äußern, die auf eine Entwicklung neuer Aktionsformen ausgerichtet sind, mit deren Hilfe die Jugend beim Aufbau der Gemeinschaften mitwirken könnte (Erziehung, Austauschprogramme usw.) oder zu Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Lebens- und Ausbildungsbedingungen der Jugendlichen abzielen. Das Europäische Jugendforum erhält das Initiativ- und Befassungsrecht, denn es kann von sich aus zu den oben genannten Themen Stellungnahmen abgeben. Die EG-Institutionen sind verpflichtet, diese zu prüfen. Das Forum soll aus Vertretern der internationalen Jugendorganisationen bestehen, soweit diese einen Beraterstatus bei den Gemeinschaften erhalten haben. Die in den Mitgliedstaaten der EG bestehenden nationalen Jugendräte entsenden jeweils einen Vertreter in das Forum, der in dessen Plenarsitzungen stimmberechtigt ist.

Die Vorschläge müssen nun von den neun EG-Regierungen gebilligt werden. In Brüssel geht man davon aus, daß dies noch in diesem Jahr geschehen kann. Jugendausschuß und Jugendforum könnten also bald ihre Arbeit aufnehmen. Immerhin sind jetzt schon bald sechs Jahre vergangen, seit der EG-Gipfel von Den Haag im Jahre 1969 eine "stärkere Beteiligung der Jugend am Aufbau Europas" befürwortet hatte. Es ist nun an der Zeit, der Jugend endlich dieses Mindestmaß an Mitsprache in der EG einzuräumen.

Egon G. Heinrich
(-/14.4.1975/ks/pr)

+ + +

Wer ist der GröÙez ?

Notwendiger Nachtrag zum Strauß-Alphabet der CDU

Die CDU-Landesleitung hat eine Broschüre mit dem Titel "In Sachen Strauß" veröffentlicht, die u.a. ein Stichwortverzeichnis (von Adenauer bis Zwicknagel) enthält; da es nicht vollständig ist, bringen wir einige Ergänzungen.

- Adenauer:** In Fragen deutscher Wiedervereinigung von Ähnlicher Zuversicht wie Strauß. Adenauer lt. "News Week" vom 30. August 1954 zu Mendès-France: "Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Einheit opfern. Aber ich. Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können". FJS in der "Zeit" vom 8. April 1966: "... ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen".
- Bamberg:** Stadt in Deutschland, wo sich Jugendliche zeitweilig "schlimmer als Tiere" (FJS) benehmen; vergl. auch "New York".
- Busch, Wilhelm:** Deutscher Dichter, stauerte zu Straußens verfolgter Unschuld das Wort bei: "Man sieht, daß selbst der frömmste Mann / nicht jedermann gefallen kann".
- Carstens:** Lt. FJS ein "Papen-Verschnitt" (Franz von Papen: 1932 deutscher Reichkanzler, Herrenreiter und Staatsstreicher, Wegbereiter Hitlers). Wer mag ihn nur verschnitten haben?
- Deutschland Magazin:** Publizistisches Hilfsorgan des Franz Josef Strauß, vergl. Ziesel.
- Ehmke, Horst:** Verriet streng geheime BND-Erkenntnisse als er sagte: "Unter den Einäugigen der Unionsparteien ist der Blinde - Strauß - der Königsmacher".
- Entheltbarkeit:** "ist das Vergnügen an Sachen, welche wir nicht kriegen". (Empfehlung von Wilhelm Busch, wie man sich gegenüber starken Männern verhalten soll.)
- Faust, Dr.:** Deutsche Dramenfigur, gab den Empfindungen von Kanzlerkandidaten-Kandidaten und Kanzlerkandidaten-Machern mit folgenden Worten Ausdruck: "In jedem Kleide werd' ich wohl die Pein / Des engen Erdelebens fühlen. / Ich bin zu alt, um nur zu spielen, / Zu jung, um ohne Wunsch zu sein. / Was kann die Welt mir wohl gewähren? / Entbehren sollst du! Sollst entbehren!"

- FJS:** Abkürzung für Franz Josef Strauß, nicht etwa für: "Frißt jeden Sozialisten".
- Garden, rote:** "Ein Regierungssystem, das die Jugend der Nation anstiftet, durch eine 'Kulturrevolution' im eigenen Lande das Chaos zu erzeugen, hat in unseren Augen statt eines klar gezeichneten Gesichts eine teuflische Fratze" (FJS 1968 in seinem Buch "Herausforderung und Antwort", S. 101). Im übrigen: Verwechslung mit "roten Retten" naheliegend.
- Grau, Karl Friedr.:** Mutmaßlicher Strauß-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, um endlich Strauß jenen Orden zu verleihen, von dem Grau 1965 in seinem Buch "A propos Strauß" schrieb: "Es müßte eine besondere Höchstkategorie des Bundesverdienstkreuzes geschaffen werden - und zwar mit dem einzigen Zweck, sie an Franz Josef Strauß zu verleihen".
- Größfaz:** Abkürzung für "größter Feldherr aller Zeiten" (Hitler).
- Größfaz:** Abkürzung für "größter Vorsitzender aller Zeiten"; noch unklar, ob es sich um Strauß oder Mao handelt.
- HS 30:** Schützenpanzer, ideales Fahrzeug für krumme Touren!
- Jagd:** "Er ist Jäger, aber an der Jagd reizt ihn nicht die romantische Waldstimmung, nicht die verträumte Stunde auf dem Hochsitz, sondern der perfekte Schuß" (aus einer 1972 veröffentlichten Werbebroschüre über FJS).
- Kinnhaken:** Mittel politischer Überzeugung: "Der erste, der damit (gemeint sind Juso-Methoden) anfängt, der kriegt von mir persönlich einen Kinnhaken, daß es ihn raushaut" (FJS über Mitglieder der Jungen Union).
- Lambsdorff, Graf:** Prägte über FJS den unfeinen Satz: "Franz heißt die Kanaille".
- Nadelöhr:** "Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Strauß ins Palais Schaumburg" (sozialistische Verfälschung eines bekannten Bibelwortes).
- New York:** Gefährliches Pflaster, wo CSU-Spitzenpolitikern bei nächtlichen Speziargängen durch "greißlige Menn" (FJS) Paß und Portemonnaie abhanden kommen können.
- Personenkult:** Fremdwort für CSU/CDU.
- Quadratur des Kreises:** Deutsches Wunder, besteht darin, aus einem Strauß eine verfolgte Unschuld zu machen.

- Rot und Schwarz:** Definition der Achse München-Peking durch den französischen Schriftsteller Stendhal.
- Ruf:** "Ist der Ruf erst ruiniert, laßt sich weiter unge-
niert", (maßstäbliche Nationalhymne, falls Strauß
Kanzler wird).
- Saustall:** Von deutschen Philologen für einen Würfeher (statt
"Straußstall") gehalten.
- Sprache:** "Es ist die Sprache des Dritten Reiches" - MdB/FDP
Dr. Burkhard Hirsch am 13. März im Deutschen Bundes-
tag über Strauß' Sonthofener Rede. Eine von vielen
Strauß-Verleumdungen, da es sich eher um die Sprache
des Vierten Reiches handeln dürfte.
- Staatsstreich, kalter:** Typisches Beispiel sozialistischer Verfälschung:
Die Priorität dieses Begriffes gebührt nicht Wehner,
sondern FJS, vergl. "Bild"-Zeitung vom 22. April
1972!
- Taiwan:** Auch Formosa oder Nationalchina genannt, vorerst
außer Mode gekommener CSU-Wallfahrtsort.
- Tandler:** CSU-Generalsekretär, verbreitete dieser Tage eine
FJS-Broschüre, die böserartige Zeitgenossen zu dem
Fontane-Zitat veranlaßte: "Tand, Tand, Tand ist das
Gebilde von Menschenhand".
- Vermögen:** "Der Mehrung seines Vermögens gibt er sich mit dem-
selben Eifer hin, den er in der Politik walten läßt".
(CSU-Werbebroschüre 1972 über FJS)
- Weizsäcker, Richard von:** Soll einer nicht ernst zu nehmenden "Rotfunk"-Mel-
dung zufolge über FJS geäußert haben: "Wann steht
endlich einmal jemand in der CSU auf und sagt dem
Strauß, was er ist, kein Glückesfall für die Union"
(WDR am 13. Oktober 1972).
- Ziesel, Kurt:** Herausgeber des "Deutschland Magazin", FJS-Propa-
gandist, für dieses Amt u.a. dadurch qualifiziert,
daß er sich 1943 aus nationalen Gründen verpflich-
tet fühlte, seine Köchin ins Konzentrationslager zu
bringen.
- Zimmermann, Friedrich:** s. Zweifel
- Zweifel:** "Jedem denkenden Menschen sind 'Zweifel an der In-
tegrität im Vorgehen' des CSU-Vorsitzenden Strauß
und des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses
im Bundestag, Zimmermann, zuzubilligen" - lt. "Köl-
ner Stadtanzeiger", einem typischen Beispiel der
"Hofpresse", Kernsatz aus einem Münchner Gerichts-
urteil.

Willi Salmen
(-/14.4.1975/ks/pr)